

DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE STÄRKEN

RUNDE-TISCH-DEBATTEN DER
S&D FRAKTION, MAI UND JUNI 2010



S&D

Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

| TEILNEHMER | | |
|--------------------------|-----------------------------------|-----------------------|
| Kader Arif | Koordinator S&D Fraktion | Frankreich |
| Kriton Arsenis | MdEP S&D Fraktion | Griechenland |
| Maria Badia I Cutchet | S&D Fraktion Vize-Vorsitzende | Spanien |
| Thijs Berman | Delegationsleiter | Niederlande |
| Janna Besamusca | Ecosy Generalsekretärin | Niederlande |
| Antony Beumer | S&D Fraktion Sekretariat | Niederlande |
| Henrik Bokor | Facebook-Debatte | Schweden |
| David Capezzuto | SPE Sekretariat | Italien |
| Anna Colombo | S&D Fraktion Generalsekretärin | Italien |
| Philippe Cordery | SPE Generalsekretär | Frankreich |
| Massimo D'Alema | FEPS Präsident/Referent | Italien |
| Vasilica Viorica Dăncilă | Delegationsleiterin | Rumänien |
| Jacki Davis | Moderatorin | Ver. Königreich |
| Véronique De Keyser | S&D Fraktion Vize-Vorsitzende | Belgien |
| Proinsias De Rossa | Delegationsleiter | Irland |
| Saïd El Khadraoui | MdEP S&D Fraktion | Belgien |
| Edite Estrela | Delegationsleiterin | Portugal |
| Monika Flašíková Beňová | S&D Fraktion Vize-Vorsitzende | Slowakei |
| Krisztian Gal | Facebook-Debatte | Ungarn |
| Eider Gardiazábal Rubial | MdEP S&D Fraktion | Spanien |
| Roberto Gialtieri | Koordinator S&D Fraktion | Italien |
| Louis Grech | Delegationsleiter | Malta |
| Jiří Havel | Delegationsleiter | Tschechische Republik |
| Edit Herczog | Schatzmeisterin | Ungarn |
| Stephen Hughes | S&D Fraktion Vize-Vorsitzender | Ver. Königreich |
| Liisa Jaakonsaari | Delegationsleiterin | Finnland |
| Dan Jørgensen | Delegationsleiter | Dänemark |
| Herwig Kaiser | S&D Fraktion Stv. Generalsekretär | Österreich |
| Ivailo Kalfin | Delegationsleiter | Bulgarien |
| Pascal Lamb | S&D Fraktion Praktikant | Ver. Königreich |
| Stavros Lambrinidis | Delegationsleiter | Griechenland |
| Jörg Leichtfried | Delegationsleiter | Österreich |
| Bogusław Liberadzki | Delegationsleiter | Polen |

| | | |
|-----------------------------|--------------------------------|-----------------------|
| Juan Fernando López Aguilar | Delegationsleiter | Spanien |
| Henning Maier | Social Europe Journal | Deutschland |
| Miguel Martínez Martínez | EP Vizepräsident | Spanien |
| Kyriakos Mavronikolas | Delegationsleiter | Zypern |
| Jelena Milinovic | S&D Praktikantin | Serbien |
| Alexander Mirsky | Delegationsleiter | Lettland |
| Javier Moreno | GPF Generalsekretär | Spanien |
| Anne Muxel | Akademische Referentin | Frankreich |
| Katarina Nevedalová | MdEP S&D Fraktion | Slowakei |
| Ivari Padar | Delegationsleiter | Estland |
| Justas Vincas Paleckis | Delegationsleiter | Litauen |
| Jan Pronk | Professor/Referent | Niederlande |
| Kévin Pusioux | Facebook-Debatte | Frankreich |
| Bernhard Rapkay | Delegationsleiter | Deutschland |
| Poul Nyrup Rasmussen | SPE Präsident/Referent | Dänemark |
| Maria Joao Rodrigues | SPE Sonderberaterin | Portugal |
| Libor Roucek | EP Vizepräsident | Tschechische Republik |
| David-Maria Sassoli | Delegationsleiter | Italien |
| Martin Schulz | S&D Fraktion Vorsitzender | Deutschland |
| Adrian Severin | S&D Fraktion Vize-Vorsitzender | Rumänien |
| Ania Skrzypek | FEPS Beraterin | Polen |
| Ernst Stetter | FEPS Generalsekretär | Deutschland |
| Gianluca Susta | MdEP S&D Fraktion | Italien |
| Hannes Swoboda | S&D Fraktion Vize-Vorsitzender | Österreich |
| Csaba Tabadji | Delegationsleiter | Ungarn |
| Zoran Thaler | Delegationsleiter | Slowenien |
| Catherine Trautmann | Delegationsleiterin | Frankreich |
| Marita Ulvskog | Delegationsleiterin | Schweden |
| Kathleen Van Brempt | Delegationsleiterin | Belgien |
| Kristian Vigenin | Koordinator S&D Fraktion | Bulgarien |
| Janelle Ward | Akademische Referentin | USA |
| Bernhard Weßels | Akademischer Referent | Deutschland |
| Glenis Willmott | Delegationsleiterin | Ver. Königreich |
| Boris Zala | Delegationsleiter | Slowakei |

Runde-Tisch-Debatten der S&D Fraktion, Mai und Juni 2010

- I. Jugend und Politik: hin zu einem neuen Bürgerschaftsmodell? 4**
Europäisches Parlament, Brüssel, den 12. Mai 2010

- II. Die europäische Sozialdemokratie: Perspektiven und Potenzial
– ein Jahr nach der Europawahl 2009 7**
Limelette, den 9. Juni 2010

- III. Eine progressive Agenda für die Außenpolitik
der Europäischen Union 10**
Europäisches Parlament, Brüssel, den 30. Juni 2010

VORWORT

Im Herbst 2009, nach den Wahlen zum Europäischen Parlament, beschloss der Vorstand der S&D Fraktion im Europäischen Parlament, mit der Veranstaltung einer Reihe von Runden Tischen an der Debatte über die Zukunft der europäischen Sozialdemokratie teilzunehmen. Diese Broschüre enthält Kurzbeiträge aus den ersten drei Debatten, die im Mai und Juni 2010 stattgefunden haben.

Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass die schwindende Unterstützung für Sozialisten und Sozialdemokraten in den letzten Jahren kein unumkehrbarer Trend ist. Die Neubelebung und Stärkung unserer politischen Familie erfordert eine offene Debatte unserer Parteien, Abgeordneten, Stiftungen und Parteimitgliedern auf allen Ebenen. Wir begrüßen die diesbezüglichen Aktivitäten der SPE und unserer Europäischen Stiftung FEPS. Die S&D Fraktion als ein einzigartiger und permanenter Treffpunkt europäischer Sozialisten, Sozialdemokraten und Demokraten möchte dazu beitragen, dass eine aufrichtige und grenzübergreifende Debatte geführt wird.

Die Runden Tische brachten die S&D Fraktionsspitze im kleinen Rahmen mit Referenten, Führungskräften, Vertretern der SPE, der FEPS sowie Teilnehmer/innen von ausserhalb unserer politischen Familie zusammen.

Wir sind sehr zufrieden mit den Ergebnissen der ersten Debatten und danken der Moderatorin Jacki Davis und dem Sekretariatsteam unter der Leitung von Ton Beumer für ihre Beiträge.

Unser erster Runder Tisch zum Thema Jugend war ein einzigartiger Treffpunkt von jungen Europaabgeordneten, Praktikanten und Teilnehmern einer Facebook-Debatte sowie der Fraktionsspitze. Noch immer sind Jugendliche tendenziell stärker linksorientiert als die Gesamtbevölkerung, und wir müssen uns der Herausforderung stellen, in ihren Augen stärker an Bedeutung zu gewinnen.

Der zweite Runde Tisch nahm sich eine allgemeine Analyse der Lage ein Jahr nach den Europawahlen vor. Grundlage für diese Bestandsaufnahme waren die Beiträge von Bernhard Weßels und Poul Nyrup Rasmussen. Die Teilnehmer/innen kamen zu dem Schluss, dass die Unterstützung durch die Wähler/innen insgesamt nicht zurückgegangen sei. Das Problem ist eher geprägt durch unterschiedlich zyklische Entwicklungen im Süden, Westen, Norden und Osten Europas, gepaart mit einer extremen Unbeständigkeit im Wählerverhalten. Vor dem Hintergrund der Globalisierung und ständigen Wandels hängt die Wählerunterstützung von unserer Fähigkeit ab, Sicherheit zu vermitteln und Ängste zu bekämpfen.

Ein dritter Runder Tisch mit Massimo D'Alema und Jan Pronk brachte eine nüchterne Analyse der Bedeutung der EU für eine progressive Außenpolitik. Der mangelnde Wille der Mitgliedsstaaten ihre Hoheitsrechte zu bündeln, verurteilt die Union häufig dort zur Bedeutungslosigkeit, wo sie etwas bewirken könnte.

Wir hoffen, diese Lektüre weckt Ihr Interesse, und wir werden auch über die nächsten Runden Tische zu Beginn des kommenden Jahres berichten.

Martin SCHULZ

Vorsitzender

Maria BADIA I CUTCHET

Stellvertretende Vorsitzende, verantwortlich
für das Programm der Runden Tische



JUGEND UND POLITIK: HIN ZU EINEM NEUEN BÜRGERSCHAFTSMODELL?

Europäisches Parlament, Brüssel, den 12. Mai 2010

Hauptreferate

Anne Muxel

Forschungsdirektorin am Forschungszentrum für Politik- und Gesellschaftswissenschaften (CEVIPOF), Paris

Allgemein wird angenommen, dass die sinkende Wahlbeteiligung von Jugendlichen ein Ergebnis der Apathie der jüngeren Generation sei. Zwar ist die Wahlbeteiligung bei jungen Menschen wesentlich geringer als in der Gesamtbevölkerung – generell um rund zehn Prozent niedriger – doch das bedeutet nicht, dass sie sich nicht für Politik interessieren.

Mehr als drei Viertel der Jugendlichen meinen, dass es wichtig ist zu wählen, und zwei Drittel sind der Ansicht, dass dies die wirksamste Form der politischen Aktion ist. Sie fordern jedoch, Repräsentativdemokratie mit mitbestimmender Demokratie zu kombinieren (z.B. in Form von Diskussionsforen und Aktionen im Internet, Demonstrationen und Proteste). Die Palette der politischen Ausdrucksmöglichkeiten wird immer breiter, und junge Menschen nutzen all diese unterschiedlichen Mittel und Instrumente besser, insbesondere zur Verteidigung von Werten wie Gleichberechtigung, Menschenrechte, Pazifismus und Antirassismus.

Ist eine sinkende Wahlbeteiligung also ein Zeichen des Versagens im staatsbürgerlichen Sinne und von Demokratiedefizit, oder weist sie vielmehr auf die Entstehung eines neuen Bürgerschaftsmodells hin?

Es gibt zahlreiche Gründe, warum junge Menschen nicht wählen gehen. Einige davon sind struktureller Natur: Sie befinden sich in einer sehr dynamischen Phase ihres Lebens, in der sie darauf konzentriert sind, einen Arbeitsplatz zu finden (besonders während der Wirtschaftskrise) und den Einstieg ins Erwachsenenleben zu meistern. In Ländern, wo eine Registrierung erforderlich ist, können ausserdem praktische Gründe dazu führen, dass sich Jugendliche nicht in die Wählerliste eintragen.

Es gibt aber auch andere Gründe: Mangelndes Vertrauen in die Politik und die Schwächung des politischen Zugehörigkeitsgefühls führen dazu, dass viele junge Menschen erst im allerletzten Moment entscheiden, wem sie ihre Stimme geben



“ Stimmen aus der Debatte

„In den 1950ern, 1960ern und 1970ern war die sozialistische Weltbewegung eine emotionale Bewegung, die die Herzen der Jugendlichen eroberte. Wir stehen heute für die gleichen Werte wie damals, warum also kommen die Jugendlichen nicht zu uns?“

„Wir sind zu technokratisch geworden. Junge Menschen sehen uns als Berufspolitiker. Wir müssen unseren Gefühlen freien Lauf lassen und mehr Leidenschaft zeigen.“

„Es darf nie hauptsächlich darum gehen, was wir tun müssen, um die Menschen anzuziehen. Es sollte in erster Linie darum gehen, dass wir Lösungen für die anstehenden Probleme bieten. Wenn die Jugendlichen denken, dass es uns nur um das politische Überleben geht, werden sie uns nicht einmal das zugestehen.“

„Es sind die jungen Leute, die auf die Straße gehen können, um für das zu kämpfen, woran sie glauben. Zurzeit scheinen wir keine Botschaft zu haben, die sie wirklich dazu bewegen würde, hinauszugehen und zu kämpfen.“

„Junge Menschen arbeiten in Nichtregierungsorganisationen, für internationale Organisationen, leisten Freiwilligendienste, arbeiten mit behinderten Kindern. Das zeigt, dass sie sich sehr wohl einbringen wollen – sie wollen etwas bewegen.“

„Die sozialen Medien bieten enorme Möglichkeiten und sind beliebt, aber sie können kein Ersatz sein für den Aufbau von traditionellen sozialen Beziehungen zwischen Menschen. Wenn wir es nicht schaffen, Menschen im direkten persönlichen Kontakt zu überzeugen, wie können wir dann erwarten, dies einen Schritt weiter entfernt über die sozialen Medien zu schaffen?“

”



(wenn sie denn überhaupt wählen gehen). Dazu kommt, dass Wahlgewohnheiten, die sich bereits im jungen Alter formen, bei den heutigen Jugendlichen viel weniger stark verankert sind als bei älteren Generationen.

Diese zunehmende Gleichgültigkeit und der anhaltende Rückzug aus dem politischen System könnten eine echte Krise der repräsentativen Demokratie auslösen und die Legitimität des Systems untergraben.

Als Grundvoraussetzung für die Lösung dieses Problems ist es entscheidend, die Glaubwürdigkeit der Politik und das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen. Zudem wird es immer wichtiger, die Aufmerksamkeit auf „attraktive Themen“ zu lenken, die den Jugendlichen etwas bedeuten. Ebenfalls sehr wichtig ist die Verbesserung der demokratischen und politischen Bildung in den Schulen, um junge Menschen schon früh mit der Bedeutung von Politik vertraut zu machen. Auch über die Senkung des

Wahlalters, die einige Länder schon vorgenommen haben, sollte nachgedacht werden.

Vor allem aber ist es mehr denn je notwendig, „ein gesellschaftliches Projekt zu schmieden, zu dem junge Menschen sich bekennen“. Die Sozialisten und Sozialdemokraten haben allen Grund, darauf zu setzen. Auch wenn junge Menschen allgemein weniger linksorientiert sind als noch vor zwei Jahrzehnten, neigen sie tendenziell immer noch stärker zum linken Flügel als die Bevölkerung insgesamt.

Janelle Ward

Lehrbeauftragte, Fakultät für Medien und Kommunikation, Erasmus Universität Rotterdam

Die neuen Medien sind ein wichtiges Instrument, um das politische Engagement junger Menschen und der Bevölkerung insgesamt zu fördern. Andererseits ist eine Präsenz auf interaktiven sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter keine Garantie für einen besseren Kontakt zu jungen Menschen, die sich hier sehr oft zynisch äußern. Niemand glaubt, dass die Facebook Seiten von Spitzenpolitikern wirklich von ihnen selbst formuliert wurden, was dann die Jungen dazu führt sich die Frage zu stellen: "Warum sollten wir uns mit 'Ghostwritern' beschäftigen?"

Schlimmer als „online“ total inaktiv zu sein ist nämlich, ein Profil einzurichten und dieses dann ruhen zu lassen. Soziale Netzwerke im Internet erfordern ein individuelles Engagement oder Teamarbeit, um diese aktive Anwesenheit im Netz aufrecht zu erhalten.

DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE: PERSPEKTIVEN UND POTENZIAL EIN JAHR NACH DER EUROPAWAHL 2009

Limelette, den 9. Juni 2010

Hauptreferate

Bernhard Weßels

Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und Dozent am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität, Berlin

Viele haben das Ende der Sozialdemokratie vorausgesagt, weil sie ihre Hauptziele schon erreicht hätte (Wohlfahrtsstaat, ein gewisses Wohlstandsniveau und weniger soziale Ungleichheit) und weil es für die Sozialdemokraten immer schwieriger werde, sich von anderen Parteien zu unterscheiden.

Eine Analyse der Wahlergebnisse in Europa zwischen 1990 und 2009 ergibt jedoch keine Hinweise auf einen strukturellen Rückgang der Unterstützung insgesamt für sozialdemokratische Parteien, weder beim Stimmenanteil noch bei den Regierungsbeteiligungen. Das Problem ist eher konjunkturbedingt, gepaart mit einer extremen Unbeständigkeit im Wählerverhalten in einigen Ländern.

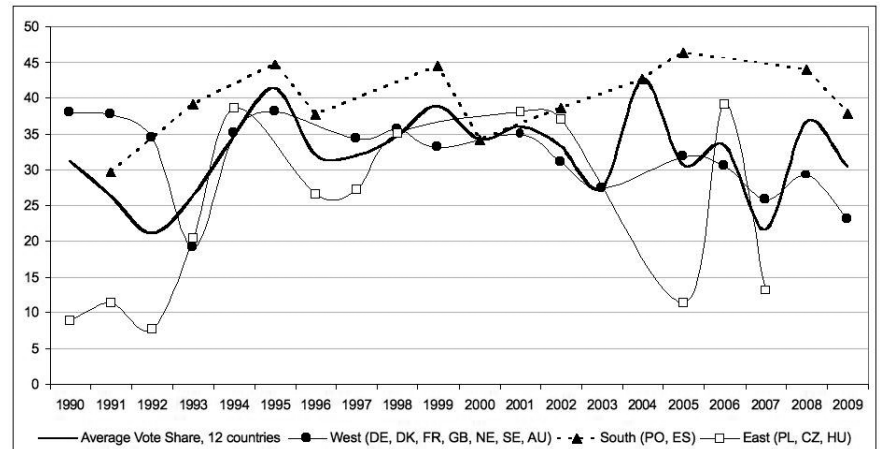


Die Sozialdemokratie steht aber sehr wohl vor ernststen Herausforderungen, vor allem weil es so etwas wie eine „Kernwählerschaft“, auf die sich die Bewegung verlassen kann, nicht mehr gibt. Der Anteil der Wähler/innen mit einer festen Bindung zu nur einer Partei geht zurück, und die Öffentlichkeit misst Parteien nun an deren Leistungen und Ergebnissen.

Die Gewerkschaften sind in dieser Bewegung überproportional vertreten, aber ihre Mitgliederzahlen sind rückläufig. Auch das steigende Bildungsniveau stellt eine Bewegung, die

tendenziell weniger gebildete Menschen anzieht, vor eine Herausforderung. Die sinkende Unterstützung bei jungen Wählern ist ein Grund zur Besorgnis.

Zweifellos waren die sozialdemokratischen Parteien die großen Verlierer der Europawahlen 2009, wenngleich auch die sinkende Wahlbeteiligung teilweise dafür verantwortlich war. Da im allgemeinen Anhänger der Sozialdemokraten eher zu Hause bleiben als Wähler/innen anderer Parteien, muss die Bewegung sich mehr anstrengen, um sie zu mobilisieren.



Mittlerer Stimmenanteil sozialdemokratischer Parteien insgesamt und aufgeteilt in Ländergruppen, 1990-2009

Quelle: Bernhard Weßels, Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? Eine empirische Analyse der Wahlergebnisse und Wählerprofile sozialdemokratischer Parteien in Europa in den letzten zwanzig Jahren; Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse (IPA), August 2010. Berechnungen des Autors auf Basis der Datenbank "Parties, Elections and Governments", Abteilung "Demokratie", WZB. Paper download: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07414.pdf>.

Poul Nyrup Rasmussen

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas

Die Europawahlen 2009 waren keine echten gesamt-europäischen Wahlen, sondern eher eine Reihe von Referenden über die jeweiligen nationalen Regierungen. Die sozialdemokratischen Parteien haben daher generell in Ländern verloren, wo sie bereits schwach waren sowie gut abgeschnitten in Ländern, wo sie schon stark waren. Obwohl die sozialdemokratischen Parteien bei den Wahlen an Boden verloren haben, konnten die anderen etablierten Parteien auch nicht wesentlich zulegen. Die Wahlbeteiligung war so niedrig wie noch nie. Diesen Trend der Wählerapathe



umzukehren stellt für die Europäische Sozialdemokratie die einzige, größte Herausforderung für die nächsten Wahlen dar.

Diese Apathie entsteht aus dem Gefühl heraus, dass über die Wahl europäischer politischer Repräsentanten kein Einfluss genommen werden kann. Die sinkende Unterstützung für die Sozialdemokraten spiegelt auch den Erfolg der Konservativen wider, den Faktor „Angst“ auszunutzen, insbesondere wenn es um Einwanderung oder Unsicherheiten am Arbeitsmarkt geht.

Die Sozialdemokratische Familie litt auch unter ihrem Versagen, keine(n) Kandidaten/in für die Europäische Kommission nominiert zu haben. Glücklicherweise wurde dies von der SPE aufgegriffen, und nun haben wir eine verbindliche Zusage, mit einem einzigen Spitzenkandidaten in die Wahlkampagne 2014 zu gehen .

Die Sozialdemokraten müssen dem Rückzug der Konservativen auf eine „Politik der Loslösung“ entgegenwirken. Die Konzentration der rechtsgerichteten Parteien auf Individualismus und Kräfte des Marktes stellt den Versuch dar, den Wirkungsbereich der öffentlichen Hand zu dezimieren.

Der Kampf muss auf nationaler sowie europäischer Ebene erfolgen. Die sozialdemokratische Familie muss die Werte des öffentlichen Sektors, den Nutzen von Gleichberechtigung und die Stärke von Gemeinschaft fördern. Indem wir unser Wahlprogramm der heutigen Zeit anpassen, unsere Politik modernisieren und eine fortschrittliche Verbindung zu unseren Wählern aufnehmen, können wir den sozialdemokratischen Weg neu beleben und uns auf 2014 vorbereiten. Die Initiative der SPE „Unsere Vision für zukunftsorientierte Gesellschaften im 21. Jahrhundert“ („Our vision for Progressive Societies in the 21st century“) zielt genau hierauf ab. Wir beziehen alle Akteure unserer politischen Familie herein ein, von den Aktivisten bis zu den Parteivorsitzenden, für eine offene Debatte über die Erneuerung der Sozialdemokratie.

“ Stimmen aus der Debatte

„Die Wähler werden sehr sprunghaft. Sie versuchen, dem Regenbogen nachzujagen, und wenn sie ihn nicht fassen, gehen sie zu anderen Parteien.“

„Wir können die Dinge nicht einfach lassen, wie sie waren. In einer sich wandelnden Gesellschaft kann unsere Botschaft nicht die gleiche sein wie vor 20 Jahren.“

„Die Sozialdemokratie ist ein Kind der industriellen Gesellschaft, und die industrielle Gesellschaft war in einem ständigen Wandel und Umbruch begriffen. Wir sind Wandel gewohnt, und wir können uns auch angesichts der Globalisierung erneuern.“

„Die Menschen sehen uns als sehr technokratische Parteien. Wir brauchen starke Führungspersönlichkeiten und eine ganz eindeutige Werteordnung.“

„Man muss den Leuten eine Botschaft der Hoffnung geben, das Versprechen einer guten Zukunft.“

”

EINE PROGRESSIVE AGENDA FÜR DIE AUSSENPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäisches Parlament, Brüssel, den 30. Juni 2010

Hauptreferate

Massimo d'Alema

*Ehemaliger Regierungschef und Außenminister Italiens,
Präsident der „Foundation for European Progressive Studies“ (FEPS)*



Die EU hat lange und mit Nachdruck für eine multilaterale Weltordnung gekämpft. Paradoxerweise haben wir jetzt eine US-Regierung, die Multilateralismus fordert, und anscheinend ist Europa nicht darauf vorbereitet und unfähig, machbare Lösungen für globale Probleme vorzulegen.

Die Außenpolitik der EU ist ein Spiegelbild ihrer Fähigkeit, eine führende Rolle bei der Entwicklung einer „Exit-Strategie“ aus der aktuellen Wirtschaftskrise zu spielen. Die Krise hat folgendes aufgezeigt: 1) ein Demokratiedefizit (ein Mangel an Führung und Kontrolle); 2) ein Defizit in der Wirtschaftsentwicklung (die Globalisierung hat enorme globale wirtschaftliche Ungleichheiten erzeugt); 3) ein Innovationsdefizit (niedrige Löhne in Entwicklungsländern haben hohe Profite ohne jegliche Innovationspolitik gestützt). Europa war nicht in der Lage, echte Alternativen anzubieten und ein klares Profil zu zeigen, was sich auf die Bedeutung europäischer Außenpolitik ausgewirkt hat.

Das Image der EU außerhalb Europas hängt auch davon ab, in internationalen Organisationen Einheit zu demonstrieren. Die internationale Gemeinschaft sieht die EU jedoch als ein „Europa der Nationen, die um des Prestige willen im Konflikt miteinander stehen“.

Eine progressive Agenda für die EU-Außenpolitik muss zwei Prioritäten haben: eine bessere Leistung in ihrer „Makro-Region“ (Balkan, Mittelmeerraum, Türkei) sowie die Entwicklung einer starken Position bezüglich des israelisch-palästinensischen Konflikts. Dieser Konflikt stellt ein kritisches Problem dar, bei dem die EU-Position schwach ist und die EU unentschieden handelt. Sie muss auch ihre Beziehungen zum Osten, insbesondere zu Russland, weiter ausbauen und hat eine moralische Verpflichtung, eine konstruktive Präsenz in Afrika aufzubauen. Vor allem aber brauchen wir eine klare Vision welches Image wir für Europa wollen.

Jan Pronk

Ehemaliger niederländischer Minister für Entwicklung und Kooperation, ehemaliger Sonderbeauftragter der UNO für den Sudan, Professor am internationalen Institut für Sozialstudien, Den Haag

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Weltordnung völlig verändert. Globalisierung bedeutet, dass es keine Unterscheidung mehr zwischen traditioneller Außenpolitik und internationaler Wirtschafts-, Handels- und Klimapolitik gibt und auch keine Unterscheidung mehr zwischen der EU-Außenpolitik und den internationalen Politiken der einzelnen Mitgliedsstaaten. Jedoch wird die EU von der Außenwelt nicht mehr als relevant gesehen, weil sie als innerlich gespalten und in ihrem Handeln sehr langsam wahrgenommen wird.

Die Zukunft wird aufgrund zunehmender Armut, steigender Arbeitslosigkeit und des Klimawandels konfliktgeladen sein. Daher sollte das wichtigste Ziel der EU-Außenpolitik das Konfliktmanagement sein, basierend auf dem Schutz der Menschenrechte und erhöhter Sicherheit, sowie auf Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheiten, zur Beseitigung der Armut und zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit. Beim Anfang der Verhandlungen für Konfliktlösungen sollte der Schutz der Menschenrechte im Vordergrund stehen, da Menschenrechtsverletzungen im allgemeinen sich mit zunehmender Dauer der Krise verschlimmern.



Die EU-Außenpolitik sollte vier Hauptziele verfolgen: 1) die Ziele zu erreichen, zu denen wir uns in der Vergangenheit verpflichtet haben (einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele und der Kyoto-Ziele); 2) eine Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt zu finden; 3) an internationalen Friedensoperationen im Rahmen der Vereinten Nationen teilzunehmen auf der Grundlage eines DDD-Ansatzes (Diplomatie, Development (Entwicklung) und Defence (Verteidigung)); 4) interne Streitigkeiten zu lösen und die gemeinsame Position der EU in mehreren Bereichen zu stärken.

Die Ungleichheit und die Armut in der Welt sind zum Teil Ergebnisse unserer Politik. Dies zu beseitigen ist ein unerreichbares Ziel, aber wir können für weniger Ungleichheit kämpfen. Das muss das Ziel unserer Außenpolitik sein.



“ Stimmen aus der Debatte

„Die Konservativen sind dafür verantwortlich, dass Europas Rolle in der Welt immer kleiner wird, aber wo sind die progressiven Kräfte? Wir haben es nicht geschafft, eine starke und klare alternative Politik vorzulegen.“

„Europa sollte beim Wiederaufschwung, beim Klimawandel, beim Handel, bei besseren Standards und bei der Reform des Finanzsystems führend sein, und das ist im Moment nicht der Fall. Unsere Familie sollte Europa drängen, Verantwortung zu übernehmen.“

„Bevor wir anfangen, dem Rest der Welt zu sagen, was sie tun sollen, müssen wir Unterstützung innerhalb der EU für die Überwindung von nationalen Interessen finden.“

„Die Verringerung der Ungleichheit ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Außenpolitik, weil dadurch das Konfliktpotenzial verringert werden könnte. Und das ist eines der Hauptziele der Außenpolitik.“

„Es ist ein Fehler zu glauben, man könne den israelisch-palästinensischen Konflikt umgehen. Tatsächlich ist dieser Konflikt das zentrale Verbindungsglied, aber Europas Position ist nicht klar und entschlossen genug.“

„Es ist wichtig, die gemeinsamen Interessen der EU als eine politische Einheit zu bestimmen, nicht nur als ein freier Markt.“

”



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament | Parlement européen
Rue Wiertz – B1047 Brüssel
Tel Bxl +32 2 284 21 11
Tel Str +33 3 88 17 40 01

socialistsanddemocrats.eu
socialistsanddemocrats.mobi

